

gelegenheiten abgeben, die die Angaben überprüft.

- Nur *eine* Organisation soll jeweils für die Repräsentierung einer Berufsgruppe oder in einem Sachbereich zugelassen werden und damit ein Vertretungsmonopol erhalten (das heißt beispielsweise konkret, daß es nur eine Vereinigung für Jungunternehmer und nur eine Umweltschutzgruppe pro Stadt geben soll).
- In der Praxis wird das Führungspersonal wichtiger Berufs- und Fachvereinigungen häufig von Partei- und Regierungsstellen mitbestimmt. In der Leitung der meisten größeren Vereinigungen finden sich Partei- und Behördenvertreter.

In den neuen Bestimmungen zeigt sich der Wille, das Vereinigungswesen als wohlgeordnetes staatskorporatistisches System zu ordnen. Diese schon zuvor verfolgte Strategie wurde in den Jahren nach 1989 jedoch keinesfalls konsequent und lückenlos implementiert. Variierend nach Verwaltungsebene, Region und Wirtschaftsstruktur wurden die Bestimmungen von 1989 in sehr unterschiedlicher Weise in die Praxis umgesetzt. Der dynamische Wandel des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kontextes führte zu fortlaufenden Veränderungen im System der parteistaatlichen Kontrollen über das Vereinigungswesen, das eine uneinheitliche und instabile Struktur aufweist.

Beispielsweise fanden kleinere Vereinigungen Wege, die restriktive Registrierungspraxis zu umgehen, indem sie sich als „Zweigvereinigungen“ unter offiziell zugelassenen Vereinigungen, die sich dazu bereit fanden, formierten. Die Einrichtung von Zweigvereinigungen ist durch die neuen Bestimmungen nun aber im Detail geregelt, so daß sich die Chancen für „Seitenpfade“ bei der Vereinsgründung deutlich verringern dürften.

Auch wird mit den neuen Bestimmungen eine Überprüfung und Neuregistrierung (*chongxin dengji*) sämtlicher bestehenden Vereinigungen innerhalb eines Jahres angeordnet. Mit dieser Anordnung soll allen Vereinigungen, die sich illegal betätigen, die Existenzgrundlage entzogen werden. Das schließt Vereinigungen, die in Fi-

nanzmanipulationen und andere Wirtschaftsdelikte verwickelt sind, genauso ein wie Vereinigungen, die sich illegal politisch oder religiös betätigen. Somit könnte eine große „Säuberung“ unter den gesellschaftlichen Vereinigungen Chinas bevorstehen. -hei-

7 Massive Verluste und Korruption im staatlichen Getreideankauf – Reorganisationsversuche

Eine landesweite Überprüfung der Finanzlage im staatlichen Getreideankauf-System hat ergeben, daß in einem Sechsjahreszeitraum zwischen April 1992 und März 1998 knapp 40% (214 Mrd. Yuan RMB) der für den Getreideankauf zugewiesenen 534 Mrd. Yuan zweckentfremdet wurden (rund 80 Mrd. Yuan der Gesamtsumme sollen von Funktionären für spekulative oder konsumtive Zwecke ausgegeben worden sein) oder für den Ausgleich von Verlusten beim Absatz des Getreides (rund 120 Mrd. Yuan) aufgewandt wurden. Beim Ankauf von Getreide zu subventionierten Preisen und beim anschließenden Verkauf zu niedrigeren Marktpreisen sind in den letzten Jahren außergewöhnlich hohe Defizite aufgelaufen.

Die massive Korruption und Ineffizienz in der wildwüchsigen, dezentralisierten Getreideverwaltung sind seit Anfang des Jahres Gegenstand schärfster Kritik von seiten des neuen Ministerpräsidenten Zhu Rongji. Die jüngsten Erkenntnisse über die extreme korrupte Abschöpfung und Unwirtschaftlichkeit in diesem Bereich der Staatsbürokratie übertreffen jedoch wohl selbst die bisherigen Befürchtungen der Beijinger Zentralregierung. (AWSJ, 14.10.1998; GJJ, 1998/10, S.80-81; SCMP, 14./24./26.10.1998)

Seit dem Frühjahr bemüht sich die Regierung, die zentralstaatliche Aufsicht über den Getreideankauf zu stärken, die finanzielle Verantwortlichkeit in den regionalen Behörden transparenter zu gestalten sowie Handel und Absatzmärkte zu regulieren. (siehe C.a., 1998/6, S.605-606) Regionale Behörden und Staatsunternehmen, die für Getreideankauf und -absatz verantwortlich sind, sollen künftig keine Subventionen der Zentralregierung mehr erhalten. Privatunternehmen, die sich in den letzten Jahren verstärkt illegal im Getreidehandel engagiert haben, sollen bekämpft, das staatli-

che Ankauf- und Preissetzungsmonopol verteidigt werden. Darüber hinaus soll der Aufbau eines landesweiten Netzes von Getreidereserven vorangetrieben werden, die ausschließlich der Kontrolle der Zentralregierung unterstehen und im Falle von Katastrophen oder Versorgungsengpässen rasch von Beijing eingesetzt werden können. -hei-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

8 Innovative Forschungsschwerpunkte der Akademie der Wissenschaften

Die chinesische Akademie der Wissenschaften gab im Oktober bekannt, daß sie noch in diesem Jahr versuchsweise die Arbeit an zwölf innovativen Forschungsschwerpunkten aufnehmen will. Involviert sind 34 Institute der Akademie, das ist ein Drittel aller Akademieinstitute. Die Initiative ist Ausdruck der staatlichen Wissenschaftspolitik, im Zeitalter der „Wissenswirtschaft“ (*zhishi jingji*), d.h. einer auf Wissen gegründeten Wirtschaft, nicht ins Hintertreffen zu geraten und eine solche Wissenswirtschaft zu fördern. Konkrete Formen hatte sie im Juni 1998 auf der ersten Sitzung der Führungsgruppe für Wissenschaft und Bildung unter der Leitung Zhu Rongjis angenommen, als das „Programm für die Innovation des Wissens“ beschlossen wurde (vgl. dazu C.a., 1998/6, Ü 9). Auf der Sitzung war die Chinesische Akademie der Wissenschaften zur zentralen Institution bestimmt worden, an der das Projekt in Gang gebracht werden sollte. Sie wurde beauftragt, Forschungsstützpunkte an ausgewählten Akademieinstituten zu gründen, wo die innovativen Wissenschaften schwerpunktmäßig betrieben werden sollen. Während damals allerdings erst von acht derartigen Forschungsstützpunkten die Rede war (vgl. ebd.), nannte die Akademie jetzt zwölf Stützpunkte:

1. Akademie für Biowissenschaften in Shanghai

2. Akademie für Mathematik und Systemforschung
3. das Nationale astronomische Observatorium
4. Forschungsstützpunkt für Werkstoffkunde in Beijing
5. F+E- Stützpunkt für Informationswissenschaft und -technologie in Beijing
6. F+E-Stützpunkt für Hochtechnologie in Shanghai
7. F+E-Stützpunkt des Nordostens für Hochleistungsmaterialien und fortgeschrittene Fertigungstechnologie
8. Forschungsstützpunkt für Geowissenschaften in Beijing
9. Forschungsstützpunkt des Nordwestens für Ressourcen, Umwelt und nachhaltige Entwicklung
10. Institut für chemische Stoffe in Dalian
11. Institut für theoretische Physik in Dalian
12. Institut für Paläontologie in Nanjing

Von diesen sind die ersten neun Institutionen bereits errichtet, während sich die letzten drei erst in der Anlaufphase befinden (RMRB, 13.10.98, S. 1). Die Aufbauphase, in der die Akademie der Wissenschaften die Vorreiterfunktion für das Programm innehat, soll bis zum Jahre 2010 dauern. Bis dahin will die Akademie leistungsfähige Zentren für naturwissenschaftliche und hochtechnologische Forschung von internationalem Niveau eingerichtet haben, an denen die strategischen Ziele des Staates verfolgt werden und die in der vordersten Reihe der internationalen Wissenschaft und Technologie stehen (ebd.).

Das „Programm für die Innovation des Wissens“ gehört zu den ehrgeizigsten Wissenschaftsprojekten Chinas. Es soll dazu beitragen, China im 21. Jahrhundert zu einer der führenden Wissenschaftsnationen zu machen. Es dient zugleich der Qualitätssteigerung der Chinesischen Akademie der Wissenschaften; zumindest ein Teil ihrer Institute soll durch das Programm zu Spitzeninstituten von Weltniveau werden, ähnlich dem für den Hochschulbereich in Angriff genommenen „Projekt 211“, in dessen Rahmen geplant ist, 100 Universitäten zu führenden Universitäten von internationalem Standard zu machen (vgl. dazu C.a., 1998/6, Ü 13). -st-

9 Mangel an akademisch gebildeten Fachleuten auf dem Lande

Chinas Modernisierungspolitik, in deren Rahmen Wissenschaft und Bildung China zur Blüte führen sollen, ist in besonderem Maße auf die Landwirtschaft gerichtet, denn aufgrund des auch im 21. Jh. anhaltenden starken Bevölkerungswachstums ist China darauf angewiesen, die Produktivität seiner Landwirtschaft zu steigern und landwirtschaftliche Techniken zu entwickeln, die auf besseren Sorten fußen, höhere Erträge bringen und Wasser sparen. Dazu gehört, daß landwirtschaftliche Betriebe aufgebaut werden, die integriert oder sich gegenseitig ergänzend landwirtschaftliche Güter produzieren, weiterverarbeiten und vermarkten. Für den Aufbau moderner landwirtschaftlicher Betriebe wiederum ist es erforderlich, die Bauern entsprechend anzulernen und mit neuen Techniken und Anbaumethoden, aber auch mit betriebswirtschaftlichen Aufgaben vertraut zu machen. Für all diese Aufgaben werden gut ausgebildete Fachleute für Agronomie benötigt, vor allem Absolventen Landwirtschaftlicher Hochschulen. Doch das gegenwärtige Angebot an agrarwirtschaftlichen Fachkräften kann bei weitem nicht den Bedarf decken, obwohl sich die Ausbildungskapazitäten in den vergangenen Jahren stetig erhöht haben. Ein wichtiger Grund liegt darin, daß der überwiegende Teil der Absolventen Landwirtschaftlicher Hochschulen nicht dort eingesetzt wird, wo er am dringendsten gebraucht wird, nämlich in den Dörfern.

Unlängst wurde das Problem am Beispiel der Provinz Anhui deutlich gemacht (vgl. GMRB, 30.9.98, S.5). Erhebungen der Landwirtschaftlichen Hochschule Anhui zufolge sollen von den Absolventen der Jahre 1991-1995 nur 20,93% eine Arbeitsstelle haben, die ihrer Fachausbildung entspricht, d.h. nur etwa ein Fünftel der Absolventen ist fachgerecht eingesetzt. Deutlich über ein Drittel, nämlich 36% arbeitet auf fachfremden Gebieten (ebd.). An diesen Angaben wird klar, wie berechtigt die immer wieder von Bildungspolitikern geäußerte Klage über die geringe Effektivität der Bildung ist. In diesem Fall ist die Situation besonders gravierend, weil Agronomie zu den wenigen Studienrichtungen zählt, für die der Staat

gerade wegen des Mangels an Fachkräften auf diesem Gebiet das Studium voll finanziert. Staatlich finanzierte Studenten haben auch den Vorteil, daß sie nach dem Studium vom Staat einen Arbeitsplatz erhalten. Der Staat hätte also das Recht, die Absolventen der Landwirtschaftlichen Hochschulen entsprechend dem Bedarf auf dem Lande einzusetzen. Dies klappt jedoch offensichtlich nicht, weil die Absolventen, die bislang meist städtischer Herkunft sind, wenig Neigung zeigen, auf dem Lande zu arbeiten; statt dessen versuchen sie lieber – und, wie es scheint, erfolgreich – alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um ihre berufliche Tätigkeit in der Stadt auszuüben.

Wie unzureichend die Ausstattung der Dörfer mit Fachleuten ist, läßt sich wiederum an der Situation in Anhui darlegen. Auf etwa 10.000 in den Dörfern lebende Menschen kommt dort ein technischer Kader mit Hochschulniveau, der für die landwirtschaftliche Produktion zuständig ist. Für besonders wichtige Spezialbereiche wie Züchtung und Kleingewerbe steht sogar pro 10.000 Menschen nur ein Anteil von 0,4% an technischen Kadern zur Verfügung. Ähnlich wie in Anhui soll es im ganzen Land sein, d.h. auf der untersten Ebene der Dörfer gibt es viel zu wenig wissenschaftlich-technisch ausgebildete Fachleute (ebd.).

Über die Schwierigkeiten, landwirtschaftliche Fachleute mit Hochschulbildung an der Basis einzusetzen, wird seit längerem diskutiert, und es werden verschiedene Auswege vorgeschlagen. Eine vielversprechende Lösungsmöglichkeit wird in einer besseren Koordinierung der Ausbildung gesehen, bei der die Ausbildungsstätten und die örtlichen Einheiten gemeinsam für die Ausbildung zuständig sind. Mit dieser Methode hat man in den letzten zehn Jahren gute Erfahrungen in bezug auf Fachleute der mittleren Ebene gemacht, d.h. mit Absolventen der Fachmittelschulen (Sekundarstufe II). Ohne staatliche Einwirkung (Absolventen von Fachmittelschulen erhalten keinen vom Staat zugeteilten Arbeitsplatz) ist es gelungen, eine große Zahl gut ausgebildeter landwirtschaftlicher Fachleute der mittleren Ebene auf dem Lande einzusetzen und sie dort zu halten. Dabei wird nach folgender Methode verfahren:

Der Kreis, die Gemeinden und die Schulen bilden gemeinsam aus, und

zwar entsprechend den wirtschaftlichen Notwendigkeiten des jeweiligen Ortes. Dabei wird über die Zulassung der Schüler zu den landwirtschaftlichen Fachmittelschulen (die sich i.d.R. in der Kreisstadt befinden) gemeinsam vom Kreis, der Gemeinde und den Schulen entschieden, die auch gemeinsam je nach Bedarf die Fächer einrichten. Die Dörfer, aus denen die Absolventen kommen und in denen sie später arbeiten sollen, stellen Praktikumsplätze zur Verfügung und leisten gewisse finanzielle Unterstützung. Nach Beendigung der Fachmittelschule gehen die Absolventen dann an die Orte ihrer Herkunft zurück und erhalten dort eine Stelle. (Ebd.) Der Vorteil dieser Methode ist die enge Praxisbezogenheit der Ausbildung, insbesondere aber die Ausrichtung auf die örtlichen Bedürfnisse, wodurch die Absolventen stärker an ihr Dorf gebunden sind. Früher wurden die Lehrpläne von der Zentrale aufgestellt, ohne daß die Kreise ihre speziellen Anforderungen einbringen konnten.

Dieses Modell soll, so der Vorschlag, auf die Landwirtschaftlichen Hochschulen übertragen werden. Diese sollen Hochschulstudenten ländlicher Herkunft für die Dörfer ausbilden, und zwar zu Führungskräften für die Dörfer, Technikern und Familienunternehmern. Nach dem Motto „Wissenschaft und Bildung sollen den Dörfern den Aufschwung bringen“ ist vorgesehen, daß in jedem Dorf ein bis zwei Absolventen eines Grundstudiums an einer Landwirtschaftlichen Hochschule tätig werden, wie es beispielsweise die Landwirtschaftliche Hochschule Henan plant. Diesem Ziel sollen drei Reformmaßnahmen dienen:

1. Reform der Zulassung: Die Zulassung erfolgt einzeln und nicht zentral über Pläne. Aufgenommen werden Absolventen der Sekundarstufe II, die bäuerlicher Herkunft und entschlossen sind, aufs Land zurückzukehren und sich in den Dienst der örtlichen Modernisierung zu stellen. Die Kandidaten bewerben sich freiwillig, benötigen aber eine Empfehlung durch ihr Dorfkomitee. Die Landwirtschaftliche Hochschule wählt die Kandidaten selbständig aus und entscheidet dabei aufgrund der Prüfungsergebnisse und eines mündlichen Gesprächs.

2. Reform der Ausbildung: Bei der Ausbildung werden Theorie und Praxis miteinander verbunden, Hauptfä-

cher sind Anbau- und Züchtungsmethoden oder Obst-/Gemüseanbau und Gartenbau. Der Umfang der Fächer soll ausgeweitet werden, d.h. es werden weniger Studiengänge angeboten, dafür diese aber intensiver studiert. Die jeweilige örtliche Produktionspraxis durchdringt das ganze Studium.

3. Reform der Arbeitsvermittlung: Nach dem Studium müssen die Absolventen in ihr Dorf oder ihre Gemeinde zurückkehren und dort arbeiten. Dort können sie für Führungsstellen kandidieren, als Techniker für die Bauern eingestellt werden oder ihren Beruf selbst planen. (Ebd.)

Dieser Reformvorschlag für die Landwirtschaftlichen Hochschulen liegt in der allgemeinen Tendenz, das Hochschulsystem zu dezentralisieren, d.h. die einzelnen Hochschulen stärker auf die örtlichen Bedürfnisse auszurichten und ihnen mehr Entscheidungsbefugnisse zuzugestehen. Der Ansatz, Agronomiestudenten vom Lande zu rekrutieren und sie praxisbezogen auszubilden, anstatt Studenten städtischer Herkunft theorielastig auszubilden, so daß sie auch anderweitig einsetzbar sind, scheint eine logische Konsequenz aus dem gegenwärtigen Dilemma, daß das Gros der Absolventen Landwirtschaftlicher Hochschulen nicht auf dem Lande arbeitet. Die Umsetzung des Vorschlags hängt jedoch entscheidend von der Qualität der ländlichen Schulen ab. Aufgrund der generell schlechten Qualität der neunjährigen Grundbildung auf dem Lande, die im übrigen noch längst nicht flächendeckend eingeführt ist, schaffen auf dem Lande Schulabgänger der Sekundarstufe I selten den Übergang zur Sekundarstufe II, so daß sie kaum die Möglichkeit haben, eine Hochschule zu besuchen. Soll die Qualität der Hochschulbildung erhalten bleiben – und hierüber herrscht unbedingte Einmütigkeit –, dann muß das Augenmerk vorrangig auf die Angleichung des Niveaus zwischen ländlichen und städtischen Schulen gerichtet sein. -st-

10 Zu geringe Steigerung der Bildungsausgaben

Im Jahre 1997 haben die Bildungsausgaben wiederum – wie schon in den Vorjahren – nicht die gesetzlich vorgeschriebene Steigerung erfahren. Gemäß dem Bildungsgesetz von 1995 sollen die staatlichen Bildungsausgaben stärker wachsen als die Staatseinnah-

men. Dies war 1997 nicht der Fall. Der Anteil der Bildungsausgaben am BSP konnte von 1996: 2,44 Prozent 1997 zwar leicht um 0,05 Prozentpunkte auf 2,49 Prozent gesteigert werden, aber er liegt immer noch zu weit von der Zielmarke 4 Prozent bis zur Jahrhundertwende entfernt, als daß dieses Ziel noch erreichbar wäre.

Die Angaben sind dem diesjährigen Bericht der Bildungskommission und des Staatlichen Statistikamtes zu entnehmen, der Anfang Oktober für das Jahr 1997 veröffentlicht wurde (vgl. RMRB, GMRB, 8.10.98). Danach erhöhten sich die Gesamtausgaben für das Bildungswesen gegenüber 1996 von 226 Mrd. Yuan auf 253 Mrd. Yuan, d.h. um 11,91 Prozent. Doch die staatlichen Ausgaben für das Bildungswesen (inkl. Zuwendungen der Finanzämter aller Verwaltungsebenen, Ergänzungsabgabe der Städte und Gemeinden für das Bildungswesen, Unterstützung von Betrieben für das Schulwesen und Steuerprivilegien der Schulbetriebe) stiegen mit 11,42 Prozent etwas langsamer an, nämlich von 1996: 167 Mrd. auf 1997: 186 Mrd. Yuan. Damit fielen die Zuwachsraten deutlich geringer aus als von 1995 auf 1996, als sie 20,47 Prozent (Gesamtausgaben) bzw. 18,43 Prozent (staatliche Zuwendungen) betrugten (vgl. dazu C.a., 1997/10, Ü 12).

Was die Bestimmung im Bildungsgesetz angeht, daß die Bildungshaushalte stärker als die Einnahmen der Regierungen zuzunehmen haben, so wurde dieses Ziel deutlich verfehlt. Die Budgets der Zentrale und der Provinzen für das Bildungswesen (ohne die Ergänzungsabgabe) hatten 1997 gegenüber dem Vorjahr einen Zuwachs von nur 12,03 Prozent zu verzeichnen, während die staatlichen Einnahmen um 16,7 Prozent zunahmen. Insgesamt 16 Provinzen, vier mehr als 1996, konnten die Vorschrift erfüllen, wobei die Bildungshaushalte von Beijing, Tianjin, Zhejiang, Fujian, Hunan, Jiangxi, Gansu und Qinghai verhältnismäßig große Zuwächse hatten. In den übrigen 14 Provinzen nahmen die Bildungshaushalte weniger zu als die Einnahmen, besonders gering waren die Zuwächse in der Inneren Mongolei, Henan, Guangxi, Hainan, Shaanxi und Xinjiang. Demnach wachsen die Bildungsbudgets nur in gut der Hälfte aller Provinzeinheiten schneller als die Einnahmen.

Den tendenziell sinkenden Anteil der Bildungsausgaben an den staatlichen Gesamtausgaben verdeutlicht auch folgende Prozentzahl: 1997 betrug dieser Anteil 15,67 Prozent und lag damit um 0,56 Prozentpunkte niedriger als im Jahr zuvor. Von einer Zunahme der Bildungsausgaben im Jahre 1997 läßt sich also nur sprechen, wenn man die absoluten Ausgaben nimmt. Betrachtet man die Bildungsausgaben in Relation zum Gesamthaushalt, dann ist seit mehreren Jahren eine abnehmende Tendenz zu beobachten. Dies sind keine guten Vorzeichen für die vom Staat ausgegebene Strategie, Wissenschaft und Bildung sollen dem Land den Aufschwung bringen. -st-

11 Probleme bei Schulbesuch von Migrantenkindern

Eine besondere Zielgruppe bei der Einführung der allgemeinen neunjährigen Schulpflicht sind die Kinder von Wanderarbeitern, die sich häufig der Schulpflicht entziehen. Der Staat hat 1996 und erneut 1998 „Vorläufige Bestimmungen für den Schulbesuch von Migrantenkindern“ erlassen (vgl. C.a., 1998/3, Ü 26). Während in den Bestimmungen von 1996 noch die Herkunftsorte für den Schulbesuch zu sorgen hatten, sind seit diesem Jahr die Zielorte zuständig. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, daß heute hauptsächlich ganze Familien die Dörfer verlassen und in die Städte wandern und nicht mehr Einzelpersonen. Diese neue Situation stellt die großen Städte, aber auch die Wanderbevölkerung vor große Probleme. Diese wurden kürzlich in einem Artikel der *Guangming-Zeitung* benannt (vgl. GMRB, 7.10.98, S.6). Sie sollen im folgenden wiedergegeben werden, da sie in der Gesellschaft für erheblichen Zündstoff sorgen.

Aus der Sicht der Städte ergeben sich folgende Probleme:

1. Politik gegenüber der Wanderbevölkerung: Derzeit handeln Großstädte wie Beijing, Shanghai oder Guangzhou nach der Devise: „Einschränkung des Ausmaßes, strenge Kontrolle, Stärkung der Dienstleistungen, legaler Schutz“. Dies bedeutet, daß einerseits die Zuwanderung beschränkt und streng kontrolliert werden soll, andererseits für legal anerkannte Zuwanderer die Dienstleistungen verbessert werden müssen. Dies gilt in besonderem Maße für die Bereitstellung

von Schulen, damit der Schulbesuch der Migrantenkinder gewährleistet ist. Die Sorge der Großstädte ist, daß bei verbesserten Diensten die Zahl der Zuwanderer zunimmt und sich nicht einschränken läßt. Tatsächlich also liegt es nicht im Interesse der Großstädte, für Migrantenkinder bessere Schulbedingungen zu schaffen.

2. Die Verantwortung für das Pflichtschulwesen und damit auch für dessen Finanzierung tragen die örtlichen Regierungen. Die Großstädte selbst haben mit knappen Bildungshaushalten zu kämpfen. Wenn sie zusätzlich noch Mittel für den Schulbesuch von Migrantenkindern aufbringen sollen, stellt das eine starke Belastung ihrer Haushalte dar.

3. Wegen der starken Jahrgänge sind die öffentlichen Schulen überall, besonders auch in den Großstädten, an die Grenzen ihrer Kapazität gestoßen. Dies hat zur Folge, daß an den meisten Schulen übergroße Klassen vorherrschen, die die Qualität des Unterrichts beeinträchtigen. Wenn die öffentlichen Schulen unter diesen Bedingungen noch Kinder von Zuwanderern aufnehmen sollen, dann schafft dies große praktische Probleme.

Aus der Sicht der Migranten selbst ergeben sich aus den diesjährigen Bestimmungen ebenfalls Probleme. Nach den neuen Vorschriften sind sowohl die öffentlichen Schulen der Zielorte, die sog. „Gastschüler“ aufnehmen, als auch speziell für Migrantenkinder eingerichtete nichtstaatliche Schulen autorisiert, Schulgeld zu erheben. Da die Einkommen der Migranten durchweg sehr niedrig sind, können sich die meisten Migrantenfamilien den Schulbesuch ihrer Kinder nicht leisten. Der Vorschlag, die Herkunftsorte der Migranten mit den Kosten zu belasten, erscheint nicht praktikabel, da der Verwaltungsaufwand zu groß wäre, weil die Migranten aus allen Richtungen und einer Vielzahl von Orten kommen. Viele Migrantenfamilien schicken daher ihre Kinder entweder in selbstorganisierte, nichtformale Schulen, die relativ billig sind, oder sie schicken ihre Kinder gar nicht zur Schule.

Als Ausweg aus der Problemsituation schlägt der Verfasser des Artikels, der am Staatlichen Forschungszentrum für die Entwicklung des Bildungswesens arbeitet, zwei Lösungsansätze vor.

1. Es muß versucht werden, die Möglichkeiten des Schulbesuchs für die Migranten auszuweiten. Gemäß den Bestimmungen vom März 1998 sollen Migrantenkinder als Gastschüler hauptsächlich öffentliche Ganztagschulen besuchen. In vielen Städten gehen die starken Jahrgänge bereits zurück, so daß sich der Druck auf die Klassenrollen vermindert. Dadurch werden wieder mehr Schulplätze für Gastschüler frei. Insbesondere in Stadtteilen, wo Wanderarbeiter relativ konzentriert leben, müssen die öffentlichen Schulen ihr gesamtes Potential auszuschöpfen versuchen, um die in der Nähe lebenden Migrantenkinder aufzunehmen. Allerdings muß trotz zurückgehender Klassengrößen darauf geachtet werden, daß die Schülerzahl pro Klasse streng begrenzt bleibt, damit die Qualität der Bildung gewährleistet ist. Das heißt, die Klassen müssen eine normale, vernünftige Größe haben. Deshalb müssen für Kinder, die an öffentlichen Schulen keinen Platz finden, andere Möglichkeiten des Schulbesuchs geschaffen werden. Hier müssen vor allem nichtstaatliche Schulen eingerichtet werden, die Migrantenkindern den Schulbesuch ermöglichen und den Bedürfnissen von Bevölkerungsschichten mit niedrigen Einkommen gerecht werden.

2. Für Schulgebühren und Schulgeld müssen strenge Normen aufgestellt werden. Obwohl die meisten Orte die Höhe der Gebühren für Gastschüler festgelegt haben, werden in der Praxis sehr uneinheitliche Gebühren erhoben. Die örtlichen Behörden werden aufgefordert, die Gebühren für Gastschüler entsprechend der wirtschaftlichen Lage der Migranten zu vereinheitlichen. Auch die nichtstaatlichen Schulen müssen sich beim Schulgeld streng an die Normen halten.

Die hier angebotenen Lösungsvorschläge liegen ganz auf der Linie der diesjährigen Bestimmungen für den Schulbesuch von Migrantenkindern. Doch Vorschriften, das zeigt die Erfahrung immer wieder, werden in der Praxis vielfach umgangen. Die öffentlichen Schulen werden sich weiter gegen zu viele „Gastschüler“ wehren, weil sie – wohl nicht zu Unrecht – um die Qualität ihrer Schule besorgt sind. Sie versuchen daher, einen größeren Zustrom durch hohe Gebühren zu verhindern. Auch die auf private Initiative gegründeten Schulen für Migrantenkinder sind kaum daran interessiert, das Schulgeld niedrig zu halten, da

sie in der Regel gewinnorientiert arbeiten. So werden die Probleme bezüglich des Schulbesuchs von Migrantenkindern wohl weiter bestehen bleiben, es sei denn, die Kontrolle der Bildungsbehörden würde deutlich verstärkt werden. -st-

12 Anteil der alten Bevölkerung wächst

Im Jahr 2000 wird in China der Anteil älterer Menschen über 60 Jahre 130 Millionen betragen; das werden zehn Prozent der Bevölkerung sein. Bis zum Jahr 2050 wird die Zahl der Senioren über 60 Jahre 400 Millionen umfassen, ein Viertel der Bevölkerung. Aufgrund der strengen chinesischen Geburtenregelung mit Ein-Kind-Familie wächst die alte Bevölkerung in China schneller als in vielen Industriestaaten. Seit den achtziger Jahren nimmt deren Anteil pro Jahr um 3,2 Prozent zu. Dank höherer Lebenserwartung steigt auch die Zahl der über 80jährigen. (XNA, 8.10.98)

Diese Entwicklung verursacht nicht wenige Probleme. Traditionellerweise sorgten ausschließlich die Familien für die alten Menschen, doch dies wird heutzutage immer schwieriger, weil die Familien zu klein sind, junge Leute vom Lande häufig in die Städte ziehen und mehr Frauen beruflich tätig sind. Über diese Probleme haben chinesische Fachleute kürzlich mit Fachleuten aus Japan und Korea diskutiert, beides Länder, in denen die Alterung der Gesellschaft durch die Erosion der Familie ebenfalls Probleme schafft. Auf dem Symposium wurden Möglichkeiten erörtert, wie das Leben älterer Bürger durch eine Kombination von Versorgung durch die Familie und Gemeinschaftsdiensten zu verbessern sei (ebd.).

Zur Zeit werden in China die Alten noch weitgehend durch die Familie versorgt. Nach einer Umfrage des Chinesischen Forschungszentrums für Alterung sind 98 Prozent der Senioren über 60 Jahre auf die eine oder andere Weise in die Familie eingebunden. Nur ein Prozent lebt in sozialen Wohlfahrtseinrichtungen oder Altersheimen. Die Umfrage ergab außerdem, daß das Einkommen alter Menschen vorwiegend aus Unterstützungszahlungen der Kinder stammt. Allerdings erhalten 60 Prozent der Senioren in den Städten eine Pension; auf dem Lande sind es hingegen nur 5 Pro-

zent. Auch 60 Prozent der allein lebenden alten Menschen erhalten finanzielle Unterstützung von ihren Kindern. In 95 Prozent der Fälle leben erwachsene Kinder und ihre Eltern am selben Ort, so daß regelmäßiger Kontakt möglich ist. (XNA, 11.10.98)

Der bisherige Zustand freilich wird sich rapide ändern. Schon jetzt steigt die Nachfrage nach Wohnplätzen in modernen Seniorenheimen. Die in den 50er Jahren erbauten Wohlfahrtseinrichtungen für alte Leute ohne Kinder sind heute veraltet und entsprechen nicht mehr dem Standard. Deshalb bemüht sich China jetzt um den verstärkten Bau bequemer Altenwohnheime, in denen ältere Menschen unabhängig leben, jedoch Gemeinschaftsdienste wie Verpflegung, Wäsche, Wohnungsreinigung usw. in Anspruch nehmen können. Derzeit gibt es in ganz China gut 600 solcher Einrichtungen, viel zu wenig, um den Bedarf zu decken. (XNA, 29.9.98) Einer kürzlichen Umfrage unter Beijinger Bürgern zwischen 50 und 59 Jahre zufolge bekundeten 14 Prozent ihr Interesse, später in ein solches Seniorenwohnheim zu ziehen (XNA, 4.10.98). Dieser Anteil wird zumindest in den Städten weiter ansteigen, denn viele ältere Eltern streben heute aufgrund der verschiedenen Lebensstile gar nicht mehr an, mit ihren Kindern zusammenzuleben. Überdies leben gerade in den gebildeten Schichten die Kinder häufig im Ausland oder in anderen Städten. Laut Statistik sollen in Beijing bereits in 20 Prozent der Familien mit älteren Menschen die Kinder in anderen Städten leben oder im Ausland studieren oder arbeiten. An manchen Hochschulen und Instituten beträgt der Anteil sogar 30-40 Prozent. Zur Beijing-Universität z.B. gehören rund 1.500 Familien dieser Kategorie. In Guangzhou wird damit gerechnet, daß im Jahr 2000 gut 100.000 ältere Ehepaare allein, d.h. ohne daß sich ihre Kinder um sie kümmern können, leben werden. (XNA, 4.10.98) -st-

13 Instrumentalisierung der Flutkatastrophe für moralische Erweckung

Nach der Flutkatastrophe dieses Sommers versucht die Partei jetzt die während der Katastrophe zu beobachtende Solidarität und Hilfsbereitschaft zur moralischen Erweckung der Bevölkerung zu nutzen. Der „Geist des Kampfes gegen die Flut“ (*kanghong*

jingshen) wird auf vielfältige Weise gepriesen. Der Propagierung dieses Geistes dienen vor allem groß inszenierte Veranstaltungen, auf denen vorbildliche Helfer ausgezeichnet werden. Die größte Veranstaltung dieser Art fand am 8. Oktober in Beijing statt. Unter Anwesenheit der politischen Führung zeichnete Jiang Zemin vorbildliche Vertreter der Armee und bewaffneten Volkspolizei für ihren selbstlosen Einsatz aus (RMRB, 9.10.98). Bereits am 1. Oktober, dem Nationalfeiertag, waren „Helden“ im Kampf gegen die Flut auf dem Platz des Himmlichen Friedens durch eine Flaggenzeremonie geehrt worden (RMRB, 2.10.98). In einem Leitartikel der *Volkszeitung* am Nationalfeiertag wurde der „Geist des Kampfes gegen die Flut“ ebenfalls besungen. Dieser „großartige“ Geist wird darin folgendermaßen charakterisiert: „Laßt uns alle eines Sinnes sein und durch Einigkeit stark werden, keine Schwierigkeiten fürchten, unbeugsam unsere ganze Kraft einsetzen und unerschütterlich große Siege erringen“. Die Bevölkerung wird aufgerufen, sich in diesem Geiste für die Erreichung der großen Ziele einzusetzen, die China sich für das nächste Jahrhundert gesteckt habe. Dazu sei es vor allem nötig, zunächst für dieses Jahr die wirtschaftlichen Planziele zu erfüllen (8 Prozent Wachstum). Trotz der durch die Flut verursachten Schäden sei es möglich, dieses Ziel zu erreichen, wenn überall der „Geist des Kampfes gegen die Flut“ herrsche. Auf der Veranstaltung am 8. Oktober lobte Jiang Zemin den selbstlosen Einsatz der Armee im „Dienst am Volk“ (RMRB, 9.10.98). Die Medien berichteten tagelang über die Leistungen der Helfer, die nach dem Vorbild des selbstlosen Helden Lei Feng als Helden und Vorbilder gefeiert werden.

Diktion und Formen dieser Verehrung von Helden und Vorbildern erinnert in manchem an vergangene Praktiken der Partei, die schon immer Solidarität, Gemeinschaftsgeist und Aufopferung im Dienste des Volkes zu den Kardinaltugenden eines guten Kommunisten zählte. Insofern scheint der „Geist des Kampfes gegen die Flut“ eine Neuauflage des „Geistes von Yan'an“ zu sein, der harten Kampf, Disziplin und aufopferungsvollen Dienst am Volk beinhaltet. In beiden Gesinnungen haben individuelle Interessen und unsolidarisches Verhalten keinen Platz. Sie werden auch

heute gebrandmarkt, wie die Kritik an einigen Künstlern zeigt, die einer Einladung des Zentralen Fernsehens zu einer großen Fernsehshow zum Wohle der Flutopfer nicht folgten. Dieses Verhalten wird als unsolidarisch und nicht im Einklang mit der gesellschaftlichen Verantwortung des Künstlers gesehen (RMRB, 12.10.98, S.4). Die Ziele freilich, die mit dem „Geist von Yan'an“ und dem heutigen „Geist des Kampfes gegen die Flut“ angestrebt werden, unterscheiden sich nicht wesentlich: Während mit ersterem ein entbehrensreiches Leben erträglicher gemacht und die Gleichheit und Solidarität der Massen unter der Herrschaft der KPCh besiegelt werden sollte, geht es heute darum, Chinas wirtschaftliche Position und seine Stellung in der Welt zu stärken. Mit dem Geist der Solidarität, wie er während der Flutkatastrophe herrschte, soll jeder dazu beitragen, den Traum von Chinas Weltmachtposition zu verwirklichen. -st-

Außenwirtschaft

14 Exportmesse in Guangzhou weist auf weiterhin hohe Attraktivität des chinesischen Marktes hin

Die Guangzhouer Exportmesse gilt nach wie vor als eines der Barometer für die Attraktivität des chinesischen Marktes. Die 84. Konsumgütermesse Mitte bis Ende Oktober d.J. sah ein Umsatzvolumen von 11 Mrd. US\$ (+8% gegenüber der Frühjahrsmesse 1998; 4,43% gegenüber der Herbstmesse 1997). Damit wies die Messe keine besonderen Einbrüche gegenüber den vorangegangenen Veranstaltungen auf, sondern lag beim Umsatzvolumen auf dem Niveau des Rekordjahres 1994. (SCMP, 31.10.98)

Ein Anteil von rd. 10% der an 12 Tagen realisierten Umsätze entfiel auf High-Tech-Produkte. Um den Export dieser Produkte zu fördern, war erstmals eine 400 qm große Messehalle für die Informationsindustrie eingerichtet worden. Zu den Ausstellern zählten 33 High Tech-Unternehmen aus verschiedenen Regionen Chinas. (XNA, 28.10.98)

Der Zustrom von Besuchern belief sich nach unvollständigen Angaben

auf rd. 67.700. Zwar kamen weiterhin viele Messebesucher aus den kriegserschütterten Nachbarländern Japan, Korea, Thailand und Indonesien kamen, die Bestellungen aus diesen Ländern blieben jedoch relativ gering. (XNA, 31.10.98) Umsätze mit den EU-Staaten stiegen um 11,2% (3,5 Mrd. US\$) und dem den USA um 14,2% (1,86 Mrd. US\$). (SCMP, 31.10.98)

Zu den größeren Abschlüssen auf der Messe zählte beispielsweise ein Auftrag mit einem Volumen von 30 Mio. US\$, den ein US-Unternehmen mit Haier, dem führenden Hersteller von elektrischen Haushaltsgeräten, tätigte. (XNA, 31.10.98)

Nach Aussage von Sun Zhenyu, dem stellvertretenden MOFTEC-Minister, sollen auch private chinesische Unternehmen zukünftig stärker dazu motiviert werden, auf der Exportmesse auszustellen. Diese Erklärung steht im Zusammenhang mit der Ankündigung der Regierung, ab Januar 1999 Privatunternehmen mit Lizenzen für den Außenhandel auszustatten. Dem privaten Sektor werden damit größere Entwicklungsmöglichkeiten eingeräumt als bisher. Obwohl bereits rd. 30 Mio. Selbständige und Unternehmen existieren, die rd. 70 Mio. Arbeitskräfte beschäftigten (andere Quellen sprechen von weitaus geringeren Beschäftigtenzahlen), müssen Privatunternehmen nach wie vor ihren Außenhandel über staatseigene Außenhandels-gesellschaften abwickeln. Oftmals werden die Produkte privater Unternehmen auch unter dem Namen ihrer Verkaufsagenten ausgestellt. Lediglich einige Privatunternehmen wie z.B. Zhejiang Shuakang Co Ltd., ein Unternehmen für elektrische Haushaltsgeräte, erscheinen unter ihrem eigenen Namen auf der Messe. (XNA, 29.10.98) -schü-

15 Auslandsschulden und Devisenreserven

Offizielle Statistiken weisen einen Anstieg der Auslandsschulden zwischen Ende Juni 1997 bis Ende Juni 1998 um 16,3% (+19,32 Mrd. US\$) auf. Das Volumen der Auslandsschulden belief sich auf 137,96 Mrd. US\$.

Wird der Anfang des Jahres als Vergleichsbasis herangezogen, dann erhöhten sich die Auslandsschulden nach Angaben des State Administration of Foreign Exchange (SAFE) le-

diglich um 5,3% bzw. um 7 Mrd. US\$. Seit Anfang d.J. nahm China Auslandsschulden in Höhe von 24,89 Mrd. US\$ auf und zahlte 21,89 Mrd. US\$ für aufgenommene Kredite und Zinsen zurück.

Die Zusammensetzung der Schulden weist nach wie vor mit 120 Mrd. US\$ (+7,16 Mrd. US\$ seit Anfang d.J.) bzw. 86% den Hauptanteil von lang- und mittelfristigen Krediten auf. Nur 17,96 Mrd. US\$ sind als kurzfristig fällige Kredite registriert; ein Rückgang um 160 Mio. US\$.

Von den 137,96 Mrd. US\$ Auslandsschulden entfallen 37,99 Mrd. US\$ auf Schulden, die von Ministerien unterhalb des Staatsrats aufgenommen wurden (+5,6% gegenüber Anfang des Jahres) und 40,46 Mrd. US\$ auf inländische Finanzinstitute (-4,9%). Weitere 43,24 Mrd. US\$ wurden von Unternehmen mit Auslandskapital in Anspruch genommen (+15,7%), 14,53 Mrd. US\$ nahmen inländische Unternehmen (+9,3%) und 1,74 Mrd. US\$ (-2,8%) andere Institutionen auf. (XNA, 30.10.98)

Nach Einschätzung ausländischer Ökonomen weist China außerdem ein Volumen nichtregistrierter Schulden zwischen 20 bis 30 Mrd. US\$ auf. Nach der Schließung der GITIC sind es vor allem die nichtgenehmigten bzw. nichtregistrierten Auslandsschulden, die die SAFE beunruhigen. Viele nichtgenehmigte Auslandskredite sollen in Infrastrukturprojekte geflossen sein, und zwar verdeckt als ausländische Direktinvestitionen. Im Rahmen dieser Projekte wurden den ausländischen Investoren Zahlungen für die Kredite und Zinsen zugesichert. (SCMP, 30.10.98; XNA, 30.10.98)

Vor diesem Hintergrund ist die Entscheidung der SAFE zu sehen, Investitionen von Ausländern, die eine bestimmte Gewinnausszahlung in Devisen erfordern, nicht als ausländische Direktinvestitionen zu betrachten, sondern als Schulden. (SCMP, 23.10.98)

Während aufgrund möglicher nichtregistrierter Kredite von einer höheren als offiziell ausgewiesenen Verschuldung ausgegangen werden muß, werden chinesische Angaben zu der Höhe der Währungsreserven inzwischen ebenfalls in westlichen Medien in Frage gestellt. Mangelnde Kontrollmechanismen der Zentralbank und fehlende Kontrolle über Parlament und Me-